

"Spezielle staatliche Beziehungen": Versuch einer Neupositionierung Taiwans im Verhältnis zur VR China

Abele, Corinne

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Abele, C. (1999). "Spezielle staatliche Beziehungen": Versuch einer Neupositionierung Taiwans im Verhältnis zur VR China. (Aktuelle Analysen / BIOst, 32/1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48078>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 32/1999

18. August 1999

"Spezielle staatliche Beziehungen"

Versuch einer Neupositionierung Taiwans im Verhältnis zur VR China

Zusammenfassung

Die Äußerungen des taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui [Li Denghui] vom 9. Juli 1999, verkürzt "Zwei-Staaten-Theorie" (*liang guo lun*) genannt, haben zu großen politischen Spannungen in der Taiwanstraße geführt und eine neue Diskussionsrunde über die sog. "Ein-China"-Politik ausgelöst. Dadurch wurde deutlich, welcher Spielraum sich durch die Adaption einer derartigen Situationsbeschreibung für Taiwan auf tun könnte. Die Äußerung Lee Teng-huis ist dabei nicht nur mit Blick auf die Beziehungen zur VR China, sondern auch auf die künftige Rolle der USA sowie vor dem Hintergrund der im März 2000 anstehenden taiwanesischen Präsidentschaftswahlen zu sehen. Für die Beziehungen zwischen der VR China und Taiwan wird entscheidend sein, ob der Dialog zwischen den dafür zuständigen halboffiziellen Organisationen der beiden Seiten fortgesetzt wird.

"Seit der Verfassungsänderung des Jahres 1991 befinden sich die Beziehungen über die Taiwanstraße auf einer zwischenstaatlichen Ebene, zumindest ist es ein besonderes zwischenstaatliches Verhältnis. Es gibt also nicht eine legale Regierung und eine rebellische Clique oder eine interne Beziehung von 'Ein-China' zwischen einer Zentralregierung und einer Regionalregierung."

Diese in einem Interview mit der "Deutschen Welle" in Taipeh gemachte Aussage des taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui bildete den Auslöser für die Diskussion um die "Zwei-Staaten-Theorie" (*liang guo lun*), wie der Themenbereich in der Presse verkürzt genannt wurde. Die Aussage traf sowohl die taiwanesischen Öffentlichkeit, den Großteil der Regierung wie auch Beijing und Washington unvorbereitet. Die vorliegende Analyse skizziert vor dem Hintergrund der Reaktionen der VR China und der USA das Ringen um die Machbarkeit einer inhaltlichen Neupositionierung der Beziehungen zwischen der VR China und Taiwan. Dabei wird der Fortgang der Diskussion bis zur Stellungnahme Koo Chen-fus (Gu Zhengfu), Vorsitzender der taiwanesischen halboffiziellen Straits Exchange Foundation (SEF)², dargestellt.

¹ Lee Teng-Hui im Interview mit der Deutschen Welle, 9.7.1999, <http://www.gio.gov.tw/info/nation/ge/news/lee0709.htm>. "Guo" kann im Chinesischen Land, Staat oder Nation bedeuten, weshalb in anfänglichen englischen Übersetzungen auch von "nation-to-nation-relationship" die Rede war. Zuvor wurden von beiden Seiten Gespräche über die Taiwanstraße hinweg als Gespräche zwischen "political entities" bezeichnet.

² Die Ausgestaltung der nicht-offiziellen Beziehungen zwischen der VR China und Taiwan obliegen offiziellen Institutionen, vor allem zuständig für die Politikvorgaben, sowie halboffiziellen Organisationen als Plattform für den Austausch. Für die VR China sind dies auf offizieller Seite das "Taiwan Affairs Office" des Staatsrates sowie das "Taiwan Work Office" des

Erste Interpretationen in der taiwanesischen Diskussion

Bereits seit längerem zeigte Taiwan Unzufriedenheit über den Fortgang der Gespräche mit der VR China auf der Grundlage der "Ein-China"-Politik, die die VR China analog zur "ein Land, zwei Systeme"-Politik sieht.³ Ebenfalls stieg der Druck von seiten der USA auf das Eingehen von sog. "interim agreements"⁴. Obwohl von weiten Teilen der Regierung unerwartet, dürfte daher der Themenbereich der Neupositionierung der Beziehungen etwa ein Jahr lang im engsten Expertenkreis ausgearbeitet worden sein.⁵

Unklarheiten durch unterschiedliche Interpretationsschwerpunkte verschiedener offizieller Stellen bezüglich "*liang guo lun*"⁶ wurden durch die innertaiwanesishe Diskussion über die Frage der Implementierung einer – sich aus der maximal interpretierten Neupositionierung ergebenden – Verfassungsänderung verstärkt.⁷ Entsprechende Absichten wurden aber bald darauf von offizieller Seite zurückgewiesen.⁸ Verschiedene Reaktionen der bereits designierten bzw. selbst ernannten Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im März 2000, für die Lee Teng-hui nicht mehr zur Verfügung stehen wird, hatten ebenfalls Unsicherheiten zur Folge.

Zurückhaltung zeigte lange Vize-Präsident Lien Chan, der von Lee Teng-hui unterstützte, aber noch nicht offiziell gekürte Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei Kuomintang. Die politische Gratwanderung des "*liang guo lun*" spiegeln Chans Interview-Aussagen wider. Trotz seiner Bestätigung, Taiwan sei ein unabhängiger, souveräner Staat, sprach er sich sowohl gegen die Unabhängigkeit Taiwans als auch gegen die Wiedervereinigung mit einem kommunistisch regierten China sowie gegen Konfrontation und Antagonismus aus.⁹

Nach anfänglicher Kritik an Lees Zwei-Staaten-Aussage, diese sei ohne Berücksichtigung des Sicherheitsbedürfnisses des taiwanesischen Volkes und unüberlegt gefallen,¹⁰ betonte auch James Soong im folgenden stärker die Unabhängigkeit Taiwans.¹¹ Der populäre ehemalige

Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas; dem steht auf Seiten Taiwans das "Mainland Affairs Council" (MAC) mit Kabinettrrang gegenüber. Dialogpartner sind die halboffiziellen Organisationen "Association for Relations Across the Taiwan Straits" (ARATS) der VR China sowie die "Straits Exchange Foundation" (SEF) Taiwans.

³ Vgl. z.B. Press Release Mainland Affairs Council, 12.7.1999.

⁴ Diese sollen für einen gewissen Zeitraum die Wahrung des Status quo in der Taiwanstraße sichern, könnten jedoch im Anschluß zu – wie von einigen Beobachtern in Taiwan befürchtet – für Taiwan unvorteilhaften Verhandlungsbedingungen über die Wiedervereinigung der beiden Seiten führen. Julian Baum u.a.: Upping the Ante, in: FEER, 22.7.1999, S. 19.

⁵ Interview mit Qiu Hongda, in: Xin Xinwen, No. 645, 15.7.-21.7.1999, S. 22.

⁶ Während erste Erklärungen des Government Information Office (GIO) vom 9.7.1999 die Aussage Lee Teng-huis in bereits bewährte Beschreibungsmuster einbetteten, Taiwan sei keine abtrünnige Provinz der VR China und die Politik gegenüber dem Festland bleibe unverändert, füllte erstmals der MAC-Vorsitzende Su Chi die Aussage mit einem konkreten Bezug auf das Modell "*two states in one nation*" und auf die Erfahrung der Koexistenz zweier souveräner deutscher Staaten. Siehe: Hong Linsong: Su Qi [Su Chi]: Liang'an ke fang liang De qian jichu tiaoyue [Su Chi: Die zwei Seiten (VR China und Taiwan) können einen Grundlagenvertrag wie den der beiden deutschen Staaten abschließen], in: Ziyou Shibao, 14.7.1999, S. 1.

⁷ Siehe dazu z.B.: Julian Baum, Shawn W. Crispin: What State Now?, in: FEER, 29.7.1999, S. 21, sowie: The Straits Times Interactive, http://web3.asia1.com.sg/archive/st/3/reg/eal_eal_0714.html.

⁸ Vgl. z.B. Chen Chien-Jen [Cheng Jianren], Leiter des GIO, im Gespräch mit Journalisten, 21.7.1999.

⁹ Terry McCarthy/Don Shapiro: Interview: Vice President Lien Chan: "Taiwan is being isolated", <http://cgi.pathfinder.com/time/asia/magazine/1999/990802/interview1.html> und [interview2.html](http://cgi.pathfinder.com/time/asia/magazine/1999/990802/interview2.html).

¹⁰ Siehe z.B. [o.Verf.]: Soong criticizes Lee's 'state-to-state' comments, in: Taiwan News, 20.7.1999, S. 2.

¹¹ James Soongs Reaktion bzgl. des Bush-Besuchs, in: Lianhe Bao, 26.7.1999, S. 2.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071

Provinzgouverneur und Noch-Mitglied des Parteivorstands der Kuomintang erklärte am 16. Juli 1999 trotz heftigen Werbens der KMT seine Kandidatur als parteiunabhängiger Präsidentschaftskandidat. In Soong, der für eine weitere Öffnung gegenüber der VR China und das Streben nach Wiedervereinigung eintritt, sahen daher einige Beobachter das eigentliche Angriffsziel von Lee Teng-huis Verlautbarung.¹²

Deutlich begrüßt wurde der Vorstoß Lee Teng-huis in Kreisen der Minjindang (Democratic Progressive Party – DPP) und ihres Präsidentschaftskandidaten Chen Shui-bian [Chen Shuibian], der wie seine Partei für das Ziel eines selbstbestimmten Taiwans steht.¹³ Mit dem sog. "deutschen Modell" als Bezugspunkt für eine mögliche künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen der VR China und Taiwan hat sich die DPP seit längerem beschäftigt. In ihrer Interpretation könnte z.B. ein Grundlagenvertrag den Schutz des schwächeren Staates (Deutsche Demokratische Republik bzw. Taiwan) gewährleisten, damit eine Form des Dialogs eröffnen und so eine zunehmende Entfremdung Taiwans und der VR China verhindern.¹⁴

Die anfänglich differierenden Interpretationsschwerpunkte offizieller Regierungsseiten könnten ein Hinweis sein, daß eine interne Konsensbildung über die inhaltliche Ausgestaltung der Aussage Lee Teng-huis zum Zeitpunkt des Interviews vom 9. Juli 1999 noch nicht vorlag. Andererseits umrissen sie – wie auch die Äußerungen der Präsidentschaftskandidaten – den potentiellen Interpretationsspielraum der neuen Plattform "spezieller Staatsbeziehungen" und testeten so Grenzen sowie innertaiwanesishe und internationale Akzeptanz einer Neupositionierung in den Beziehungen zur VR China. Im Interview von Lee Teng-hui noch nicht explizit erwähnt, kristallisierte sich im Laufe der Diskussion die wichtigste Zielsetzung von "*liang guo lun*" in der Forderung nach einer Fortsetzung des Dialogs über die Taiwanstraße hinweg auf der Basis der Gleichberechtigung heraus, ohne die "Ein-China"-Politik – allerdings als Fernziel – aufzugeben.¹⁵

Deutliche Verurteilung seitens der VR China

Beijing verurteilte Lee Teng-huis Äußerungen scharf. Während verbale Angriffe auf die Bevölkerung Taiwans unterblieben, wurden sie gezielt gegen die Person Lee Teng-hui gerichtet.¹⁶ Die Erklärungen offizieller Regierungsvertreter der VR China ließen keinen Zweifel daran, daß sie die "zwischenstaatlichen Beziehungen" als offenen Separatismus und als Abweichung von der "Ein-China"-Politik ansahen. Bereits am 11. Juli 1999 bezeichnete ein Sprecher des Taiwan Work Office des Zentralkomitees der KP China sowie des Taiwan Affairs Office des Staatsrats Lee Teng-hui als "separatistischen Übeltäter" mit der Absicht, Taiwan von China abzuspalten; derartige Aktivitäten sollten sofort eingestellt werden.¹⁷ Zhu Bangzao, Sprecher des Außenministeriums der VR China, sah

¹² The Straits Times Interactive, 14.7.1999, http://www.web3.asia1.com.sg/archive/st/3/reg/ea4_07014.html.

¹³ Siehe Chen Shui-bians Haltung in: Ziyou Shibao, 24.7.1999, S. 1. Siehe auch: DPP-Statement of the Central Standing Committee, 14.7.1999: Starting From a Realistic Framework, Work Hard Towards the Normalization of Relations and the Maintenance of Peace.

¹⁴ Yan Wangjin (Leiter der Abteilung China Affairs der DPP), Liang Wenjie (Stellvtr. Leiter der Abteilung China Affairs der DPP): Cong liang De jichu tiaoyue kan Tai, Zhong guanxi de guoduxing jiagou [Eine Betrachtung der Übergangsstruktur im Verhältnis zwischen Taiwan und der VR China vor dem Hintergrund des Grundlagenvertrags der zwei deutschen Staaten], Taipeh, Anfang 1999.

¹⁵ Siehe Stellungnahme des MAC vom 12.7.1999 (Press Release Mainland Affairs Council, 12.7.1999), die Forderung nach "gleichberechtigten" Gesprächen von Premierminister Vincent C. Siew (<http://www.gio.gov.tw/info/99html/0715.htm>), sowie weitere Erklärungen von Lee Teng-hui in: Taipei Times [TT], 21.7.1999, S. 3, und: <http://news.cens.com/cgi-bin/getnews?files/archive/daily/199908/11/digest.html&news=y>.

¹⁶ Er wurde in der staatlichen chinesischen Presse als "Separatist", "Unruhestifter" und als Betrüger sowohl der taiwanesischen Bevölkerung wie der internationalen Gemeinschaft bezeichnet. Xinhua News Agency, 12.7.1999, zit. n. SWB FE/3586 (14.7.1999), F6. Der Vorwurf des Betrugs bezog sich vor allem auf die Interview-Aussage Lees, Taiwan habe seit 1991 durch Verfassungsergänzungen seine Beziehungen zur VR China als "spezielle staatliche Beziehungen" gestaltet und müsse daher überhaupt nicht die Unabhängigkeit erklären. Siehe: <http://www.gio.gov.tw/info/nation/ge/news/lee0709.htm>.

¹⁷ Xinhua News Agency, 11.7.1999, zit. n. SWB FE/3585 (13.7.1999), F1.

einen "extrem gefährlichen Schritt auf dem Weg der Spaltung des Landes"¹⁸. Von einem "Sabotageakt" an der international anerkannten "Ein-China"-Politik sprach Tang Shubei, Vize-Präsident der halboffiziellen ARATS; Taiwan solle nicht weiter mit dem Feuer spielen.¹⁹ Zwar wurde der ursprünglich für Herbst 1999 geplante Besuch des ARATS-Präsidenten Wang Daohan immer wieder in Frage gestellt, jedoch nicht explizit ausgeschlossen. So erklärte Wang Daohan, er warte auf eine Klärung durch den SEF-Vorsitzenden Koo Chen-fu [Gu Zhengfu].²⁰ Damit blieb zum einen die Möglichkeit zum Dialog offen; zum anderen erhielt die mit Spannung erwartete Erklärung Koo Chen-fus den Charakter einer abschließenden und grundlegenden Stellungnahme Taiwans vor dem Hintergrund der internationalen Reaktionen.

Während von offizieller Seite in Beijing verschiedentlich die Möglichkeit der Konfliktlösung mit militärischen Mitteln betont wurde,²¹ fanden sich in der staatlich kontrollierten Presse in der VR China kaum Berichte über beabsichtigte oder durchgeführte Militäraktionen der Volksbefreiungsarmee. Anderslautende Meldungen der Beijing-freundlichen Hongkong-Presse – obwohl von Taiwan immer wieder dementiert – führten zu Einbrüchen an den Aktienmärkten im chinesischen Raum. In der Woche nach Lee Teng-huis Äußerung verlor der taiwanische Aktienmarkt fast 14% seines gesamten Marktwertes. Aber auch die Kurse an den Börsen in Hongkong, Shanghai und Shenzhen gaben nach.²² Obwohl durch entsprechende Maßnahmen die Geschäftstätigkeit der Unternehmen mit taiwanesischer Beteiligung in der VR China erheblich erschwert werden könnte, blieben derartige Drohungen seitens Beijings bislang aus. Es dürfte kaum in Beijings Interesse liegen, die wachsende Wirtschaftsverflechtung Taiwans mit der VR China zu bremsen.²³

Neben der innerchinesischen Wirtschaftsentwicklung als Machtbasis von Premierminister Zhu Rongji stellen der wachsende Nationalismus – nicht zuletzt durch die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad²⁴ – und mit ihm die Haltung des Militärs Bezugspunkte, vor denen in der VR China die Spannungen in den Beziehungen zu Taiwan zu sehen sind. Von einigen Manövern abgesehen, scheint es bislang jedoch nicht zu Militäraktionen gekommen zu sein.²⁵ Als Drohgebärde werteten sowohl Taiwan als auch die USA die erste öffentliche Bestätigung Beijings, über die Technologie zur Herstellung einer Neutronenbombe zu verfügen.²⁶ Die Durchführung eines Langstreckenraketen-tests der VR China (nach der Abgabe der Erklärung Koo Chen-fus) ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen, auch wenn diese Waffengattung kaum gegen Taiwan eingesetzt werden dürfte.²⁷

Bereits früh hatte die chinesische Regierung gezeigt, daß sie eine Einmischung der USA in eine "innerchinesische" Angelegenheit nicht wünsche. Andererseits schuf das Abwarten einer Interpretation

¹⁸ Xinhua News Agency, 12.7.1999, zit. n. SWB FE/3586 (14.7.1999), F5.

¹⁹ <http://www.chinadaily.net/cndy/history/d1-4taiw.g13.html>.

²⁰ Xinhua News Agency, 12.7.1999, zit. n. SWB FE/3586 (14.7.1999), F8.

²¹ Siehe z.B. Bemerkungen des Vizepremiers der VR China, Qian Qichen, in: Tai Yang Pao, 12.7.1999, zit. n. SWB FE/ 3586 (14.7.1999) G/3, sowie: Xinhua, 18.7.1999, zit. n. Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland (19.7.1999), S. 4.

²² [o.Verf.:] China Targets Taiwan Via Hong Kong Press, in: AWSTJ, 21.7.1999, S. 7.

²³ Mark O'Neill, The dilemma facing Beijing, in: SCMP, 17.7.1999, S. 15.

²⁴ Siehe Gudrun Wacker, "Machtpolitik und Hegemoniestreben der USA", in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 21/1999.

²⁵ Die Aussage ist aufgrund widersprüchlicher Pressemeldungen vorsichtig formuliert.

²⁶ AFP, Beijing: China claims to possess neutron bomb technology, in: TT, 16.7.1999, S. 2.

²⁷ SCMP Internet Edition, 3.8.99, in: http://www.scmp.com/news/Front/Article/FullText.asp_ArticleID=199908030101538.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

seitens Koo Chen-fus nicht nur Raum für potentiellen Dialog über die Taiwanstraße hinweg, sondern auch für das Einbringen der amerikanischen Position, die sich deutlicher an der Erhaltung des Status quo orientierte als wohl in Taiwan erwartet.

Erhaltung des Status quo als wichtigstes Ziel der USA

Unmittelbar nach der Äußerung Lee Teng-huis bestätigte der Sprecher des US-amerikanischen State Department die "Drei-Nein"-Politik der USA (keine Unterstützung der Unabhängigkeit von Taiwan oder seiner Mitgliedschaft in Organisationen, die Staatlichkeit voraussetzen, sowie keine zwei Chinas oder ein Taiwan, ein China).²⁸ US-Präsident Clinton stärkte die Position der VR China, indem er deren Staatspräsidenten Jiang Zemin telefonisch das Festhalten der USA an der "Ein-China"-Politik versicherte.²⁹

Die deutlich am Status quo in der Taiwanstraße orientierte Politik der USA zeigte sich auch in Aussagen der US-Außenministerin Madeleine Albright sowie Richard Bushs, in Washington stationierter Leiter des American Institute in Taiwan, nach seinem "Informationsbesuch" in Taiwan. In einem Statement vor seinem Abflug nach Singapur und dem dortigen Treffen mit Albright versicherte er, daß die USA weiter zum "Taiwan Relations Act" stünden und die "Ein-China"-Politik als Grundstein betrachteten. Wie genau letztere zu definieren und konkret zu realisieren sei, sollte jedoch auf Basis gegenseitiger Akzeptanz am besten den beiden Seiten der Taiwanstraße überlassen werden; allerdings wünschten die USA keine Eskalation.³⁰ Während Bush damit gleichberechtigte Gespräche zwischen Taiwan und der VR China im Rahmen der "Ein-China"-Politik nicht völlig ausschloß, forderte Albright nach einem Gespräch mit dem chinesischen Außenminister Tang Jiaxuan weitergehende Erklärungen aus Taipeh.³¹ Eine deutliche Aussage der USA, Taiwan im Falle eines Angriffs seitens der VR China militärisch zu unterstützen, blieb bislang aus.³²

"Zwischenstaatliche Beziehungen" als Forderung nach Gleichberechtigung

Waren in den anfänglichen offiziellen Stellungnahmen aus Taiwan noch Bezugnahmen auf ein Modell "*two states in one nation*" oder verkürzt auf "zwischenstaatliche Beziehungen" zu finden, verschwanden diese bis Anfang August. Offiziell wurde nun explizit von "speziellen zwischenstaatlichen Beziehungen" gesprochen. Es mehrten sich Erklärungen zur "Ein-China"-Politik (Aufrechterhaltung, aber Verwirklichung in der Zukunft) sowie zur Weiterführung des Dialogs mit der VR China, allerdings auf gleichberechtigter Basis. Konkrete verfassungsrechtliche Ergänzungen unterblieben. Dennoch bekräftigte Lee Teng-hui bei verschiedenen Anlässen die "historische Wahrheit" seiner Aussage, sowie seine Forderung nach Anerkennung der Gleichberechtigung Taiwans und der VR China.³³

Als einen vorläufigen Abschluß der inhaltlichen Füllung des "besonderen zwischenstaatlichen Verhältnisses" kann die Stellungnahme des SEF-Vorsitzenden Koo Chen-fu vom 30. Juli 1999 gelten, in der er das "at least a special state-to-state"-Verhältnis als "Realität" bezeichnete. Beide Seiten der Taiwanstraße würden getrennt regiert, auf einer gleichberechtigten Grundlage. Taiwan weiche nicht von seiner bisherigen "Ein-China"-Politik ab, allerdings sei "ein China" ein Zukunftsziel und nur erreichbar auf demokratischer Basis. Explizit bezieht sich Koo in der Stellungnahme auf eine 1992 erzielte wörtliche Übereinkunft mit dem ARATS: "one China with each side being entitled to

²⁸ Barry Schweid, AP: State Department calls for face-to-face ROC-PRC meet, in: China Post, 15.7.1999, S. 1.

²⁹ Xinhua, 18.7.1999 in Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland, 19.6.1999, S. 4.

³⁰ [O.Verf.:] Bu Ruizhe li Tai shengming quanwen [Vollständiger Text des Abschlußstatements von Richard Bush], in: Lianhe Bao, 26.7.1999, S. 3.

³¹ Leslie Lopez, Albright Hails Lower Tensions For U.S., China, in: AWSTJ, 26.7.1999, S. 1.

³² Allerdings registriert Beijing seit längerem mit Sorge Revisionen der US-japanischen Verteidigungsallianz sowie eine Beteiligung Japans – und eine eventuelle Teilnahme Taiwans – an der Entwicklung eines Raketenabwehrsystems (Theater Missile Defensive).

³³ Siehe z.B. [O.Verf.:] Lee clarifies "state-to-state" remarks, in: TT, 21.7.1999, S. 3.

its respective interpretation"³⁴. Obwohl die Erklärung Koos innerhalb von zwei Stunden von Beijing zurückgewiesen worden war, wurde sie einen Tag später durch das MAC bestätigt und die Forderung nach Gleichberechtigung wiederholt.³⁵ Damit scheint sich der Konfrontationskurs zu verschärfen, wie auch u.a. die jüngste Konzentration von Kampfflugzeugen auf beiden Seiten der Taiwanstraße demonstrierte.³⁶ Pressemeldungen Hongkongs zufolge sollen sich Beijings politische Führer in Beidaihe Anfang August auf folgende Strategie geeinigt haben: Weiter Kritik an Lee Teng-huis Aussage zu üben, zu beobachten, ob Taiwan Verfassungsänderungen auf deren Grundlage vornimmt, den militärischen und politischen Druck auf Taiwan aufrechtzuerhalten und Vorbereitungen für das "worst outcome" zu treffen.³⁷

³⁴ SEF Chairman Koo's statement, July 30, 1999, (engl.) in: <http://www.gio.gov.tw/info/99html/koo9730.htm>.

³⁵ Duideng, heping yu shuangying yi Zhonghua Minguo dui "teshu guo yu guo guanxi" de lichang [Gleichberechtigung, Frieden und beidseitiger Gewinn – das ist der Standpunkt der Republik China bezüglich der "Speziellen-Zwei-Staaten-Beziehungen"], 1.8.1999, <http://www.gio.gov.tw/info/99html/spec.htm>.

³⁶ <http://news.cens.com/cgi-bin/getnews?files/archive/b/199908/06/051-3.html&news=y>.

³⁷ <http://news.cens.com/cgi-bin/getnews?file=/archive/daily/199908/11/digest-html&news=y>.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>

E-mail: administration@biost.de

Vor dem Hintergrund obiger Analyse liegt derzeit folgende Interpretation nahe: Von Beijing – und auch den USA – zu politischen Gesprächen gedrängt, erscheinen diese für Taiwan nur zwischen gleichberechtigten Partnern denkbar. Damit soll einer Dominanz bei der Gestaltung der Beziehungen durch die VR China im Sinne der Umsetzung der "Ein Land, zwei Systeme"-Politik auf Taiwan entgegengewirkt werden. Der Versuch einer Neupositionierung unterlag dabei engen zeitlichen Grenzen: Zum einen sollte er im Hinblick auf den Besuch Wang Daohans den Anspruch auf Gleichberechtigung in den Gesprächen unterstreichen. Zum anderen verfügt Lee Teng-hui als demokratisch gewählter Präsident Taiwans und auf dem Gipfel seiner politischen Macht über die notwendige Autorität und offensichtlich auch den Willen, der künftigen Chinapolitik Taiwans seinen Stempel aufzudrücken; seine Amtszeit endet nächstes Jahr. Lee Teng-huis Aussage fiel so mit den gespannten Beziehungen zwischen der VR China und den USA und der daher schwer vorherzusehenden Reaktion der letzteren zusammen. Bezüglich der taiwanesischen Präsidentschaftswahl hat sie die Kandidaten zumindest gezwungen, Stellung zu beziehen und ihre Position genauer zu definieren, als sie dies ohne Lee Teng-huis Äußerung möglicherweise getan hätten.

Corinne Abele

Die Autorin ist als Wirtschaftskorrespondentin in Taipeh tätig.

Redaktion: Gudrun Wacker